

SZ / München
09.10.2012

Hilfe gegen Zwangsehen

Sozialreferat finanziert das Projekt IMMA, das junge Frauen schützen soll

München – Um Zwangsheiraten zu verhindern und den Opfern von Zwangsehen zu helfen, will Sozialreferentin Brigitte Meier (SPD) eine neue Anlaufstelle bei der Initiative für Münchner Mädchen (IMMA) einrichten. Am heutigen Dienstag soll der Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Stadtrats das Projekt beschließen, das rund 160 000 Euro jährlich kostet. Zwangsheirat sei eine „schwere Menschenrechtsverletzung“, betont die Sozialreferentin. Wenn sich Betroffene wehren, würden sie verfolgt und massiv bedroht.

Zuverlässige Daten zur Häufigkeit gibt es nicht, doch die wenigen Zahlen, die vorliegen, sind erschreckend genug: Die Beratungsstelle von IMMA, die Mädchen und junge Frauen bei allen Problemlagen unterstützt, kümmerte sich in den vergangenen beiden Jahren um 44 Fälle von Zwangsheiraten. Auch die Zufluchtsstelle von IMMA bekam in beiden Jahren insgesamt 80 Anfragen zu „Gewalt im Namen der Ehre“, davon ging es in 43 Fällen um Zwangsheirat. Nach einer Umfrage von IMMA sind zwar auch viele andere Dienste mit Zwangsheiraten konfrontiert, die meisten erheben dazu aber nicht eigens Daten. Einer bundesweiten Studie zufolge, die das Bundesfamilienministerium im letzten Jahr erstellen ließ, sind 95 Prozent der Betroffenen Frauen und Mädchen. Etwa 40 Prozent sind zwischen 18 und 21 Jahre alt, 30 Prozent jünger als 17 Jahre. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind mit körperlicher Gewalt in die Ehe gezwungen worden, zwei Drittel haben bereits zuvor in der Familie Gewalt erlitten. Den meisten Druck übten Väter aus.

IMMA hat bereits viel Erfahrung in der Hilfe für Opfer. Eltern erhofften sich, mit der Zwangsverheiratung Verhaltensweisen ihrer Kinder unterbinden zu können, die sie als „verwestlicht“ und damit negativ bewerten. So hat zum Beispiel der iranische Stiefvater einer 17-Jährigen den Umgang mit Gleichaltrigen verboten und wollte sie mit seinem Bruder verheiraten. In einem anderen Fall dulden die Eltern und die älteren Brüder einer 14-Jährigen aus einer christlichen irakischen Familie nicht, dass sie bereits einen festen Freund hat. Weil sie sich gegen die Trennung wehrt, wird sie von den Brüdern auch im Auftrag der Mutter geschlagen. Diese ließ die Sozialarbeiter wissen, dass sie wegen der Ehrverletzung nicht die Sicherheit ihrer Toch-

ter garantieren könne; die Familie suche bereits einen geeigneten Ehemann. Eine 17-jährige Türkin, die unter Gewalt in der Familie leidet, erzählt den Helfern, dass sie im Sommer zur Zwangsheirat in die Türkei reisen soll. Und bei einer jungen Kurdin hatte sich ihre Familie von einem Onkel bereits einen größeren Geldbetrag bezahlen lassen, damit die 17-Jährige ihren Cousin heiratet. Sie musste schließlich sogar in einem anderen Bundesland untergebracht werden, um vor der Verfolgung durch den Cousin und ihre Brüder sicher zu sein.

Zwar handle es sich bei fast allen Betroffenen um Personen mit Migrationshintergrund, erklärt IMMA, aber dennoch sei Zwangsheirat keine Frage einer speziellen Religion oder Nationalität, sondern komme in vielen Kulturen vor. Arrangierte Ehen und Zwangsverheiratungen seien auch in der deutschen Kultur bis ins frühe 20. Jahrhundert üblich gewesen, etwa auf dem Land oder in Adelshäusern.

Weil fast ausschließlich Mädchen und Frauen von Zwangsheirat betroffen sind, will das Stadtjugendamt die Fach- und Anlaufstelle bei IMMA anbinden, da bereits viel Erfahrung im Umgang mit traumatisierten Angehörigen aus solchen Familien besteht. Die Initiative will durch männliche Honorarkräfte ebenso betroffene Jungen betreuen. Die neue Anlaufstelle soll sowohl Betroffene in Krisensituationen beraten als auch Fachkräfte anderer Einrichtungen. Dazu sind zwei fest angestellte Mitarbeiterinnen vorgesehen, die zusätzlich Schulungen und Prävention anbieten sollen.

SVEN LOERZER

Anlaufstellen

Außer der Initiative für Münchner Mädchen (Imma), die das Konzept „Zwangsheirat verhindern“ für die Stadt entwickelt hat, kümmern sich noch drei weitere Einrichtungen in der Landeshauptstadt besonders um die Opfer. Die Fachberatungsstelle Jadwiga setzt sich für die Rechte der Opfer von Frauenhandel ein. Der Verein Solwodi hilft Frauen, die als Opfer von Menschenhändlern, Sextouristen und Heiratsvermittlern nach Deutschland gekommen sind. Außerdem bietet das Haus Hagar einen Zufluchtsort für Frauen, die durch Zwangsheirat in akute Krisensituationen geraten sind.